



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VI/175 - 31.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Aufgaben und Ziele des Sozialismus	S. 1
Deutsche Diplomaten in Oslo	S. 3
Schwedische Subventionen für die SPD	S. 4

Sozialismus auf neuen Wegen

Kl.P.Sch. Das am 3.Juli d.J. vom Frankfurter Kongreß einstimmig verabschiedete Programm der neuen Sozialistischen Internationale hat in allen Teilen der Welt die Resonanz und Beachtung gefunden, die ein solches Dokument auch beanspruchen kann. Handelt es sich doch um den ersten Versuch einer für die ganze Welt verbindlichen Kodifizierung sozialistischer Haltung und sozialistischer Ziele seit der Inauguraladresse, die Karl Marx im Jahre 1864 der "Internationalen Arbeiter-Assoziation" mit auf den Weg gab. Wenn aber das von Marx verfaßte Programm das Werk eines Einzelnen war, so handelte es sich bei dem Frankfurter Manifest um ein Gemeinschaftswerk, das mühselig und flüchtig genug erarbeitet wurde, um ihm eben in einer Zeit der Entscheidungen bei allen Sozialisten eine möglichst einwütige Geltung zu verschaffen.

Einem solchen Rahmenwerk darf und wird es niemals an Kritik fehlen, noch weniger an Mißdeutungen. Hier aber gilt es sehr genau zwischen böswilligen Mißdeutungen und falscher Auslegung zu unterscheiden, die aus dem Bestreben nach einer Zusammenfassung aller Kräfte des Westens hier und da zu irrtümlichen Schlußfolgerungen gelangt. Dieser Gefahr ist auch die repräsentativste Zeitung Amerikas, die "New York Times" nicht ganz entgangen, die sich kürzlich in einem Leitartikel ausführlich mit dem Ergebnis der Frankfurter Konferenz beschäftigte. Um den Schwierigkeiten

gerecht zu werden, denen der Verfasser dieses Artikels gegenüberstand, muß man bedenken, daß für den Amerikaner der Marxismus gemeinhin nichts anderes als eine theoretische Vorfrucht des Sowjet-systems ist. Insofern betrachtet die "New York Times" die Entscheidung von Frankfurt als eine Stunde von Damaskus, die es in Wirklichkeit gar nicht gegeben hat. Auch in die "Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der sozialistisch-politischen Kontrolle" sieht der Verfasser des Artikels in der "New York Times" offenbar zu viel hinein. Die Arbeit der Gewerkschaften hat von jeher viel stärker der Durchsetzung praktischer Forderungen, als der Verwirklichung eines politischen Programms gegolten.

Es ist richtig, daß das Frankfurter Programm in der Geschichte des Internationalen Sozialismus eine Wende darstellt. Es trifft ebenfalls zu, daß in der Prinzipienklärung zum erstenmal mit dem ehrwürdigen, aber verhängnisvollen Irrtum gebrochen wurde, der Sozialismus werde sich mit Naturnotwendigkeit, nach einem unvermeidlichen Entwicklungsgesetz erfüllen. Es soll ebenso wenig abgestritten werden, daß der früher existierende Glaube an das Allheilmittel der Sozialisierung weitgehend von der Durchführung einer geplanten Wirtschaft abgelöst wurde. Von einer ausdrücklichen "Reformierung des Kapitalismus" ist aber im Frankfurter Programm nicht die Rede. Eine "Anpassung" ist nur soweit erfolgt, als die von früher überlieferten theoretischen Zielvorstellungen des Sozialismus mit Erfahrung und Methoden sozialistischer Verwirklichung (etwa in England oder den skandinavischen Ländern) in offenkundigen Widerspruch geraten waren. Niemand kann die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse richtig würdigen, der in ihnen nur ein Dokument des Revisionismus sieht; sie sind nicht mehr und nicht weniger als ein Rahmenprogramm im Kampf um eine neue und gerechtere Sozialordnung freier und selbstbewußter Menschen.

+ + +

Schwieriger deutscher Start in Oslo

K.V. Oslo, Anfang August

Die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik hat in Norwegen lange auf sich warten lassen. Während sie sie bereits seit mehreren Monaten in Schweden und Dänemark installiert hat, kommt Herr von Broich-Oppert mit seinem Stab erst in diesen Wochen nach Oslo. Die Verzögerung hing teilweise damit zusammen, daß die ersten beiden personellen Vorschläge des Auswärtigen Amtes in Bonn kein Agreement in Oslo erzielen konnten. Bei Herrn von Broich-Oppert dagegen war es der Fall. Seine Ernennung hat den vollen Beifall der norwegischen Öffentlichkeit nicht zuletzt deshalb gefunden, weil der neue deutsche Diplomat während der Hitlerzeit Verfolgungen ausgesetzt war und bereits 1934 seinen Posten als Legationsrat in Österreich verlor. Auch die Mitarbeiter des deutschen Diplomaten haben keine führenden Stellungen während der Hitlerzeit bekleidet.

In seinem letzten Bericht über die Außenpolitik des Landes vor dem Storting berührte der norwegische Außenminister Lange u.a. die Schwierigkeiten handelspolitischer Art zwischen der Bundesrepublik und Norwegen, denen der kommende deutsche Vertreter gegenüber steht. Der Handel zwischen beiden Ländern liegt noch sehr im argen. Während zu Beginn der dreißiger Jahre der deutsche Anteil am Gesamtimport Norwegens 20 Prozent, später bis zum Kriegsausbruch 17 bis 18 Prozent betrug, dauerte es geraume Zeit, bis der Handel nach dem Kriege wieder in Gang kam. 1950 betrug die Einfuhr von Westdeutschland erst vier Prozent der Gesamteinfuhr, von Ostdeutschland nur 0,7 Prozent. Auch Herr von Broich-Oppert berührte neulich die gleichen Fragen in einem Interview mit dem Vertreter des norwegischen Telegrammbureaus. Seine Ausführungen, die in der norwegischen Presse großen Widerhall fanden, bestanden in Vorschlägen, wie man am besten den gegenseitigen Handel beleben könne.

Es besteht kaum Aussicht, daß der neue deutsche Diplomat und sein Stab das ehemalige Palais des Botschafters und das Konsulatsgebäude in Drammensveien (Oslo) besichtigen können. Diese Gebäude mit Inventar gingen nach dem Zusammenbruch als Kriegsentschädigung in den

Besitz des norwegischen Staates über und werden seitdem von der diplomatischen Vertretung Rußlands in Anspruch genommen. Neben den allgemeinen Schwierigkeiten treten so auch technische Behinderungen hinzu, die den Start der Bundesrepublik in Norwegen nicht gerade leicht machen.

+ + +

K ä u f l i c h e P o l i t i k

-x. Daß die bürgerlichen Parteien sich von Wirtschaftsverbänden finanzieren lassen, ist nicht erst durch den Parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß bekannt geworden, diese Parteien haben sich in den Bundestags-Debatten öffentlich zu dieser Art der Finanzierung bekannt, ja sie für notwendig erklärt. Daß auch die Kommunisten nicht aus eigenem Beitragsaufkommen existieren und von östlichen Besatzungsgeldern leben, ist ebenfalls keine erregende Neuigkeit und so können sich diese Parteien und ihre Politiker einfach nicht vorstellen, daß eine Partei aus den Beiträgen ihrer Mitgliedschaft zu leben vermag, wie es die Sozialdemokraten durch jährliche öffentliche Rechnungslegung beweisen. Wer sich selbst "subventionieren" läßt, traut scheinbar anderen eher jede Unsauberkeit zu, als die Fähigkeit, auch in diesen Dingen konzessionslos zu bleiben.

Wir hörten zuerst aus dem offiziellen "Wachrichtenspiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" (17.7.51), daß schwedische Industriekreise, die sich vor den Folgen des Schuman-Planes sichern möchten, über das Bankhaus Wallenberg Millionenbeträge an opponierende deutsche Politiker, besonders an die SPD (Sozialdemokraten) gegeben hätten. Diese Nachricht übernahm die Bundesbehörde ohne Kommentar von dem totalitären Sender Prag. Ohne den durchsichtigen Zweck solcher Nachrichtenpolitik untersuchen zu wollen, empfehlen wir diesem "Amt", auch die Moskauer Kommentare zur Politik der SPD vollinhaltlich zu übernehmen, es könnte sich erhebliche geistige Unkosten ersparen. Inzwischen läuft diese Meldung nicht nur in Deutschland um. Die Sender und die Presse der Satellitenstaaten und der UdSSR machen fleißig von ihr Gebrauch und wissen Einzelheiten zu melden. So habe z.B. Dr. Kurt Schumacher persönlich an den Verhandlungen um diese Beträge teilgenommen und Schecks auf deutsche und ausländische Banken erhalten.

31. Juli 1951

Und solche Meldungen glaubt man, auch in Deutschland. Oder tut wenigstens so und verbreitet sie. Wenn man die SPD in gewissen Kreisen für käuflich hält - und wie könnte man aus seiner Haut - warum hat man eigentlich noch nie versucht, durch ein "gewichtiges" Angebot auch diese Partei für seine Ansichten zu gewinnen? Man hätte sich manche Unkosten für andere Parteien ersparen können, die man doch nur deswegen laufend finanziert, um eben diese SPD zu bekämpfen. Wie gesagt - es müßte allerdings ein beträchtlicher Betrag sein, mit Kleinigkeiten à la Aumer oder Henner wäre nichts zu machen. Der Betrag müßte so groß sein, daß allen Korruptionstüchern für die Zukunft die Möglichkeit genommen wäre, Politiker zu kaufen.

+ + +

Guter Rat für "TOMMY - BRÄUTE"

B.G. London

Auf Anordnung des Kriegsministeriums sollen bei den in Deutschland und Triest stationierten Garnisonen des britischen Heeres Vortrüge gehalten werden, in denen Mädchen, die beabsichtigen britische Soldaten zu heiraten, über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Großbritanniens aufgeklärt werden. Nach wie vor ist die Zahl der "Tommy-Bräute" ziemlich groß, und erfahrungsgemäß sind viele der jungen Frauen, die voll übertriebener Erwartungen von den Ufern des Rheins oder der Adria in das rauhe Klima einer nordenglischen Industriestadt oder eines walisischen Kohlenbergbautes verpflanzt wurden, häufig enttäuscht worden. Die Vortrüge sollen als eine "freundliche Warnung" dienen, um überspannten Erwartungen vorzubeugen, nicht aber als "Gegenpropaganda" zur Verhinderung der Einwanderung eines Bevölkerungselements, das sich im Großen und Ganzen als wertvoll erwiesen hat.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau (z.Zt. in Urlaub)